

## Sozialdemokratie und nationale Verteidigung.

Der Streit in der deutschen Sozialdemokratie, der täglich noch in den örtlichen Parteigruppen seine Wellen schlägt, hat bekanntlich seine Wurzeln in der Zustimmung zu den Kriegskrediten, in der sogenannten Politik des 4. Augusts. Die Minderheit behauptet, die Partei habe, als sie die Gelder für die Kriegsführung bewilligte, mit ihrer Vergangenheit gebrochen. Diese Handlungsweise stehe in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu den Beschlüssen aller Parteitage und internationalen Kongresse; zwischen der Sozialdemokratie, wie die Welt sie vor dem 4. August 1914 kannte, und der Sozialdemokratie von heute gähne eine tiefe Kluft. Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gibt nun, um diesen Behauptungen entgegenzutreten, im Verlage der Buchhandlung Vorwärts eine kleine Schrift heraus: **Sozialdemokratie und nationale Verteidigung**, die nachweisen soll, was an diesen Behauptungen richtig und was an ihnen falsch ist.

„Es wäre unehrlich, und es wäre unsinnig“, so heißt es im ersten Abschnitt dieser Schrift, „wollten wir leugnen, daß die Erfahrungen des Weltkrieges in mehr als einem Punkte gewisse Anschauungen und Erwartungen Lügen gestraft haben, in die sich die große Mehrzahl unserer Parteigenossen hineingelegt hatten. Hatten wir auf der einen Seite die Widerstandskraft erheblich überschätzt, die das organisierte internationale Proletariat dem Ausbruch eines Weltkrieges werde entgegensetzen können, so hat uns auf der anderen Seite die Lebenskraft und Anpassungsfähigkeit der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise den ungeheuren Kriegserschütterungen gegenüber mehr als eine Überraschung gebracht. Niemand von uns hätte es für möglich gehalten, daß diese Wirtschaftsweise einen Krieg von solcher Dauer und von solchem Umfange würde aushalten können. Aus diesen neuen Erkenntnissen die notwendigen Schlussfolgerungen für die politische Praxis zu ziehen, das ist eine Selbstverständlichkeit. Der wäre ein netter Sozialdemokrat, der gleichsam mit verbundenen Augen durch die Welt laufen wollte, der Augen und Ohren gewaltsam verschließen wollte vor allem, was um ihn herum vorgeht. Marx, Engels und Lassalle, Wilhelm Liebknecht und August Bebel haben niemals von einer derartigen Sorte von „Prinzipienfestigkeit“ etwas wissen wollen, und auf sie am allerwenigsten darf unsere Parteiposition sich berufen.“

Die Sozialdemokratie hat also, wie hier ihr Parteivorstand selbst zugeht, doch in gewisser Beziehung umgelernt. Sie hat nicht nur erkannt, daß der Kapitalismus, den sie längst für todesreif hielt, doch noch eine außerordentliche Widerstands- und Leistungskraft besitzt, sie hat auch noch eine zweite Erfahrung gemacht. Die Internationale hat Schiffbruch gelitten, sobald die ersten Wellen gegen ihr Schiff schlugen. Eine Säule des Parteigebäudes ist geborsten. Das will die Minderheit, die um Liebknecht und auch die um Haase, nicht einsehen; sie handelt genau so und möchte auch die Politik der Partei genau so einrichten, als ob die Internationale noch ihr Zepher über die Partei hielte. Die Mehrheit der Sozialdemokratie dagegen hat aus dem Versagen des internationalen Gedankens die Folgerungen gezogen und hat damit festen Boden unter den Füßen gewonnen. Es wird ihr jetzt nicht schwer, ihre Haltung, die Notwendigkeit der Vaterlandsverteidigung und damit der Kreditbewilligung, auch historisch zu begründen, denn der Internationalismus war stets ein Fremdkörper in der deutschen Arbeiterbewegung. Mit gutem Glück bemüht sich deshalb die Schrift des Parteivorstandes um den Beweis, daß der Gedanke der Vaterlandsverteidigung im allgemeinen und der Gedanke, daß die Sozialdemokratie insbesondere die heilige Pflicht habe, jeden Angriff des russischen Barbaren- und Despotenstaates von Deutschlands Grenzen abzuwehren, sich wie ein roter Faden durch die ganze Geschichte der Partei hindurchziehe.

Wir können von den zum Beweise angeführten Reden und Schriften natürlich nur ganz wenig anführen. Vieles davon ist ja hinreichend bekannt. Häufig erinnert man daran, daß im Jahre 1870 bei der Abstimmung über die Kriegskredite Liebknecht und Bebel sich der Abstimmung enthielten. Sie lehnten also die Kredite nicht etwa ab, wie das die Gruppe getan hat, die sich jetzt rühmt, die Tradition der Sozialdemokratie zu vertreten. Liebknecht und Bebel enthielten sich auch nicht etwa aus irgendwelchen „prinzipiellen“ Bedenken, sondern ausschließlich deshalb, weil sie damals im schärfsten Kampfe gegen das Ministerium Bismarcks standen, dem sie durch die Stimmenthaltung ihr schroffstes Mißtrauen zum Ausdruck bringen wollten. Wenn die Minderheit ihr Verhalten heute nach ähnlichen Gesichtspunkten einrichten wollte, so müßte sie notwendigerweise zu einer Bewilligung der Kredite gekommen sein. Im Gegensatz zu Bebel und Liebknecht stimmten damals die drei andern sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, also die damalige Mehrheit, den Kriegskrediten zu. Das Parteiorgan schrieb sogar: „Jeder Deutsche, der sich dem Friedensbrecher entgegenwirft, der kämpft nicht nur für Vaterland, der kämpft gegen den Hauptfeind der Ideen der Zukunft, für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.“

Fast alle Führer der deutschen Sozialdemokratie, wie Friedrich Engels, Auer, Vollmar werden angeführt, wie sie sich gegen den Vorwurf wehren, die Sozialdemokratie habe kein Vaterland, und wie sie die Möglichkeit und Notwendigkeit zugeben, daß die Sozialdemokraten im Falle eines Krieges ihr Vaterland verteidigen müßten. Von besonderem Interesse ist vielleicht im Hinblick auf

das Herostratentum des Sohnes, was der alte Wilhelm Liebknecht gesagt hat. Schon im Jahre 1866 auf dem Nürnberger Arbeitertag, als er sich gegen die allgemeine Entwaffnung aussprach, sagte er u. a.: „Es bleibt uns noch eine blutige Arbeit zu verrichten und eine heilige Pflicht zu erfüllen: die Zertrümmerung Russlands, die Wiederherstellung Polens.“ Außer dieser Äußerung, die geradezu aktuell wirkt, finden wir noch eine über Frankreich. Am 28. November 1888 sagte Liebknecht im Reichstage: „Greift Frankreich an, dann ist keine Partei in Deutschland, auf die es rechnen kann, und dann ist der letzte Sozialdemokrat verpflichtet und bereit, gegen den Angreifer zu marschieren.“ Und noch im Jahre 1900 sprach Liebknecht in seiner Dresdener Rede Worte, die ganz erheblich von denen abstecken, mit denen sich der Sohn berühmt zu machen sucht. „Was mich persönlich betrifft“, so sagte damals Wilhelm Liebknecht, „so hat niemand einen vernünftigen Grund, mir vorzuwerfen, ich wolle Deutschland nicht groß und stark sehen. Ich habe schon als 20jähriger Jüngling für Deutschlands Freiheit und Größe gekämpft, ich habe mein Leben dafür eingesetzt, aber ich bin meinen Anschauungen und Idealen treu geblieben.“ Von den vielen Bekenntnissen August Bebels sei nur das hervorgehoben, was als sein politisches Testament betrachtet werden kann, als er wenige Wochen vor seinem Tode im Sommer 1913 in der Budgetkommission u. a. folgende Ausführungen machte:

Es gibt in Deutschland überhaupt keinen Menschen, der sein Vaterland fremden Angriffen wehrlos preisgeben möchte. Das gilt namentlich auch für die Sozialdemokratie, der ihre Gegner, die zum Teil unverständlich, zum Teil aber auch gehässig sind, oftmals den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit gemacht haben. Die Sozialdemokratie hat, im Gegensatz zu dieser Behauptung, niemals verkannt, daß die geographische und politische Lage des Reiches die Vorbereitung einer starken Schutzwehr notwendig machen. Wir müssen in Deutschland mit der Möglichkeit eines Angriffskrieges von außen leider einstweilen noch rechnen, namentlich von Osten her. Wenn einmal ein solcher Krieg ausbrechen sollte, den wir alle zu vermeiden wünschen und dem auszuweichen wohl auch die deutsche Reichsregierung bemüht gewesen ist, dann müßte er bei dem heutigen Stande der Waffentechnik, bei der Organisation des Heerwesens und bei der Gestaltung der Staatenbündnisse in Westeuropa ungeheuren Umfang annehmen, er würde zum Weltkrieg werden und unser Vaterland vielleicht vor die Frage von Sein oder Nichtsein stellen. Infolgedessen rechtfertigt sich nicht nur die Wehrhaftmachung des letzten Mannes bei uns, sondern sie ist eine notwendige Forderung.

Die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie hat in diesem Krieg, den Bebel damals vorausgesagt hat, so gehandelt, wie ihr großer Führer das angekündigt hat. Die Arbeiter wissen, um was das Ringen geht, nicht nur um unsere politische und kulturelle Zukunft, an der sie vielleicht nicht allzu beteiligt zu sein glauben, sondern vor allem um die Erhaltung oder Zerstörung unserer wirtschaftlichen Kultur. An ihrer Erhaltung aber haben die Arbeitnehmer als die widerstandsunfähigeren mindestens daselbe Interesse wie die Arbeitgeber. Wie sich die beiden Parteien nach dem Kriege auseinandersehen werden, das wird die Zukunft lehren. An ein Schwinden der innern Gegensätze darf man leider nicht glauben; wohl aber werden diese Kämpfe ihren gehässigen Unterton verlieren, wenn der deutsche Arbeiter ebenso wie der deutsche Arbeitgeber in diesem Kriege das gelernt hat, was jüngst Wolfgang Heine forderte: den sittlichen Ernst im Denken und Handeln seines Volksgenossen auch da zu würdigen, wo er selber andere Wege für richtig hält. Was in der besprochenen Schrift von der Sozialdemokratie gesagt wird, daß man aus neuen Erkenntnissen die notwendigen Schlussfolgerungen für die politische Praxis ziehen müsse, das gilt ja nicht minder auch von den übrigen Parteien in ihrem Verhältnis zur Sozialdemokratie. Es gibt immer noch Politiker, denen es nicht einleuchtet, daß dieser Krieg die Parteibegriffe ganz gründlich durcheinandergeschüttelt hat, die immer noch an den bequemen alten Schlagwörtern haften. Ihnen hat auch die Trennung in der deutschen Sozialdemokratie noch nicht bewiesen, daß schon vor dem Kriege in dieser Partei die verschiedensten Elemente beieinanderwohnten, die nur die Unzufriedenheit zusammenhielt. In einem entscheidenden Punkt, in der Stellung der Sozialdemokratie zum eigenen Lande und zu seiner Verteidigung, gingen die Ansichten schon stets auseinander; aber erst ein Krieg wie der jetzige konnte den Beweis erbringen von der innern Zwiespältigkeit der Partei, konnte zeigen, auf welche Teile der Vorwurf der Vaterlandslosigkeit zutraf und auf welche nicht. Vor dem Kriege galt vielen die Sozialdemokratie als eine internationale Partei, mit der schon aus vaterländischen Gründen jedes Zusammenarbeiten unmöglich war. Auch diese Ansicht hat durch die Erfahrungen des Krieges ihren Todesstoß erhalten.

### Eine Rechtfertigung.

Solingen, 27. April. Im Reichstagswahlkreise Solingen steht der Abgeordnete des Wahlkreises, Scheidemann, auf Seiten der Mehrheit, dagegen vertritt das sozialdemokratische Parteiorgan, die Arbeiterstimme, die von dem Abg. Dittmann redigiert wird, den Standpunkt der Minderheit und veröffentlicht fortgesetzt auch Artikel anderer Minderheitsmitglieder. Gegen einen solchen Artikel von dem Vorwärtsredakteur Ströbel, der Scheidemann insbesondere seine Stellung gegenüber der Resolution im U-Bootkrieg vorwirft, bemerkt Scheidemann in einer Erwiderung:

Wenn wir die U-Boote nicht anwenden wollen, dürfen wir dann die in Solingen angefertigten Säbel und Dolche anwenden? Wüssen wir dann nicht auf jede Schneide die Worte ähen: „Du sollst nicht töten!“ Wenn es einen friedlich gesinnten Menschen gibt, dann bin ich es. Aber wenn mir einer zu Leibe rückt, dann wehre ich mich. Und

wenn eine furchtbare Koalition von Großmächten dem Handel und der Industrie meines Heimatlandes zu Leibe rückt, dem Lande selbst also im wahren Sinne des Wortes ans Leben will, dann muß ich verlangen, daß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die feindlichen Pläne zunichte gemacht werden. Es handelt sich darum, die Lebensmöglichkeit unseres Landes zu sichern, nicht darum, Eroberungen zu machen oder andere Völker zu vergewaltigen. Deshalb habe ich in meiner Rede, für die Ströbel und die Redaktion der Berg. Arbeiterstimme leider kein Verständnis zu haben scheinen, auch erinnert an das Kriegsziel des englischen Handelsministers Runciman:

„Wenn wir Krieg führen, führen wir ihn als Krieg. Im Bereich unserer Machtmittel muß natürlich auch der Wirtschaftskrieg zählen. Wie lange dieser Wirtschaftskrieg dauern soll, ist eine andere Frage. In jedem Falle müssen wir darauf achten, daß, wenn wir den Krieg siegreich beendigen, wir Deutschland die Möglichkeit abschneiden müssen, seine Stellung auf dem Weltmarkt wiedergewinnen zu können.“

Was soll denn, um ein für mich als Solinger Vertreter im Reichstage naheliegenderes Beispiel zu erwähnen, aus der Solinger Industrie werden, wenn Runcimans Plan in Erfüllung ginge? Ich erinnere an die ersten Wochen nach dem Ausbruch des Krieges. Jede Ausfuhrmöglichkeit war abgeschnitten, die Arbeitslosigkeit war in Solingen, das in ganz hervorragendem Maße auf den Export angewiesen ist, enorm. Die Verwirklichung des Runcimanschen Planes wäre der Ruin auch der deutschen Stahlwarenindustrie. Wenn ich auch wünsche, daß die Sheffielder Schleifer zu essen und zu leben haben, so kann es mir doch wahrhaftig nicht gleichgültig sein, wie die Solinger Arbeiter leben, und da sie unmöglich alle in der Redaktion der Bergischen Arbeiterstimme beschäftigt werden können, sich vom Fischfang in der Wupper auch schwerlich würden nähren wollen, so muß ich darauf hinzuwirken suchen, daß für Deutschland und damit auch für Solingen die Freiheit der wirtschaftlichen Entwicklung gesichert wird.

Ich glaube, das alles ist deutlich genug. Ich bin im Reichstage sehr energisch dafür eingetreten, daß dem entsetzlichen Ringen sobald wie irgend möglich ein Ende gemacht wird. Wenn dieser Krieg auch nur einen einzigen Tag länger geführt werden sollte, als er auf Grund des Verhaltens der Feinde geführt werden muß, wenn er etwa kapitalistischer Interessen wegen auch nur um einen einzigen Tag länger geführt werden sollte, dann müßten wir uns dem alle widersehen.

Diesen Standpunkt nimmt die gesamte sozialdemokratische Partei Deutschlands ein. Von der deutschen Reichsregierung wissen wir, daß sie zu Friedensverhandlungen bereit ist; von den gegnerischen Regierungen wissen wir das Gegenteil. Zu einer andern Stellungnahme kann die feindliche Koalition, die jetzt noch durch das Verhalten Amerikas gewaltige Unterstützung bekommen hat, am schnellsten dann gezwungen werden, wenn man ihre Hoffnungen auf wachsende Zwietracht in Deutschland zerstört. Daraus ergeben sich mit absoluter Notwendigkeit die Konsequenzen, die ich ziele, nicht die, die Ströbel und seine Freunde ziehen, denn deren Politik läuft — gegen ihren Willen! — nach meiner festen Überzeugung auf eine Verlängerung des Krieges hinaus.

Ich aber will baldigen Frieden!